

Hans-Michael Goldmann

- (A) Ihrer Rede und bei dem einen oder anderen kleinen Schnack mit Ihnen den Eindruck, dass wir endlich wieder über die Probleme, die uns bewegen, gemeinsam reden können.

Ich bitte Sie nur um eines – das sage ich ganz deutlich –: Verzichten Sie auf Kontinuität zu Ihrem Vorgänger!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was unter seiner Verantwortung passiert ist, war eine einzige Katastrophe.

(Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Er hat auf der Anuga erklärt, die Ampelkennzeichnung sei dummes Zeug. Später hat er sie eingeführt, weil er sich an den Ergebnissen einer komischen Umfrage, die er hat durchführen lassen, orientiert hat. Er hat gefordert, in Bayern auf die Anwendung Grüner Gentechnik zu verzichten. Gleichzeitig hat er gesagt, in Brandenburg könne Grüne Gentechnik angewandt werden, weil dort nicht so viele Menschen lebten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Und die Bananen!)

Hinzu kommt, dass er sich selbst als „Bananenminister“ bezeichnet hat. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Jürgen Koppelin [FDP]: Ja, genau!)

- (B) Hier geht es immerhin um einen Bereich, in dem wir vor dramatischen Herausforderungen stehen. Angesichts dessen muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist gut, dass er gegangen ist. Soll er doch in die Bierzelle Bayerns gehen. Vielleicht findet er dort größere Zustimmung zu seiner Politik, als er sie hier gefunden hat.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nur besser werden.

Liebe Frau Aigner, Sie haben ein schweres Erbe übernommen. Ich will ganz vorsichtig anmerken: Sie haben den Verbraucherschutz völlig zu Recht angesprochen; das möchte ich gar nicht kritisieren. Wir müssen aber feststellen, dass es im Moment ein Thema gibt, das unsere Dörfer bzw. den ländlichen Raum insgesamt zerreißt: die Diskussion über die **Milchpreise**. In diesem Bereich ist so ziemlich alles falsch gelaufen, was falsch laufen konnte.

(Beifall bei der FDP)

Das Anliegen der BDM-Vertreter ist berechtigt. Die Milchpreise sind zum Teil nicht fair. Herr Seehofer und zum Teil auch sein Haus haben darauf überhaupt nicht erfolgsorientiert reagiert. Der BDM ist galoppiert, hat die Leute mitgenommen und Erwartungen geweckt. Diese Erwartungen kann er aber nicht erfüllen. Das BDM-Modell eines national regulierten und zollbestimmten Marktes ist in Anbetracht der vergemeinschafteten Agrarpolitik völlig unrealistisch. Das hätte Herr Seehofer den Bäuerinnen und Bauern des BDM klipp und klar sagen müssen.

Jetzt haben wir das Problem, dass bestimmte Versprechen, zum Beispiel die Maßnahmen zu Saldierung und Umrechnungsfaktor, nicht eingehalten werden können, und zwar völlig zu Recht. Das hätte im Grunde genommen nur dazu geführt, dass Milch aus dem Ausland nach Deutschland gebracht worden wäre. Jetzt ist das Problem, dass die Leute beim BDM nicht mehr weiterwissen und die Sache mit den Köpfen verwechseln. Mittlerweile werden dort zum Teil ohne Sinn und Verstand Personen abgelöst, die in diesem Bereich eigentlich gute Politik gemacht haben. (C)

Frau Ministerin, das Wort Wortbruch spielt auch mit Blick auf das, was beim Health Check passiert ist, eine Rolle. Wer die **Modulation** im vorausseilenden Gehorsam politikfähig macht, indem er erklärt, sie sei ein gutes Instrument, der darf sich nicht wundern, dass die Modulationsmittel von den Betrieben, die bereits im Markt sind, abgezogen werden. Genau das ist das Problem. Frau Aigner, ich unterstütze den von Ihnen befürworteten Milchfonds. Aber Ihr Milchfonds wird aus Modulationsmitteln und nicht aus frischem Geld gespeist; das ist der springende Punkt. Sie nehmen dieses Geld den Betrieben, die schon im Markt sind, weg. Ich glaube, man sollte einmal sehr gründlich darüber nachdenken, ob das richtig ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss einen zweiten Punkt ansprechen – dabei geht es um eine Erfahrung, die keinem von uns gefällt –: Wir alle kommen bei Veranstaltungen immer wieder mit Bäuerinnen und Bauern ins Gespräch. Dann erzählen sie uns zum Beispiel von ihrer Betriebsstruktur und sprechen von 12 bis 14 Kühen. Daraufhin werden wir gefragt: Welche Perspektive habe ich? Ich bin nicht so vermessen, zu behaupten, dass ich genau weiß, wie die Perspektive eines solchen Betriebes ist; denn ich kenne weder seine finanzielle Situation noch seine Chancen im Tourismusbereich gut genug. Unter normalen Umständen muss ich einem Bauern, der mir diese Frage stellt, allerdings sagen: Steig so schnell wie möglich aus diesem Markt aus! Mit deiner Betriebsstruktur hast du in diesem Markt, der sich global entwickelt, keine Chance! (D)

Wir müssen klipp und klar sagen: Mit dem Milchfonds müssen wir dafür sorgen, dass den noch produzierenden Betrieben der Ausstieg aus dem Markt erleichtert wird. Mit dem Milchfonds müssen wir an den Stellen, an denen eine andere Form der Beweidung nötig oder eine andere Form der regionalen Vermarktung möglich ist, Hilfen geben. Mit dem Milchfonds müssen wir aber auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass die Dinge nicht bis zum Jahr 2015 – dann wird die Quote fallen; das ist erneut beschlossen worden – so weitergehen, wie es sich der eine oder andere erträumt.

Ich finde es super, dass Sie heute auch die Absicht zum Ausdruck gebracht haben, den Export zu fördern. Ihr Staatssekretär hat die Weichen richtig gestellt.

(Beifall bei der FDP)

Bei diesem Thema werden Sie immer unsere volle Unterstützung haben.

Hans-Michael Goldmann

(A) Wir müssen aber auf beiden Schienen fahren: so viel Export wie möglich und so starke unternehmerische Marktorientierung wie möglich, um – auch im Bereich der Biotechnologie – neue Chancen zu nutzen und in diesen Bereichen Akzente zu setzen. Dann müssen wir denjenigen, die langfristig keine Chance in diesem Markt haben, sagen: Wir helfen euch beim sozialen Um- oder sogar Ausstieg.

In diesem Sinne bieten wir unsere Zusammenarbeit sehr gerne an, und wir wissen, dass wir bei Ihnen auch Gehör finden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die Finanzkrise wurde in der Tat nicht nur gezeigt, welche Bedeutung die Verbraucherinnen- und Verbraucherpolitik unmittelbar für den Einzelnen oder die Einzelne hat, der oder die Schutz vor Überforderung und unlauterem Wettbewerb benötigt und nach Sicherheit und Gesundheit strebt, sie hat auch gezeigt, dass ein solcher **Verbraucherschutz** auch für das reibungslose Funktionieren von Märkten notwendig, also auch ein Teil von unmittelbarer Wirtschaftspolitik ist.

(B) Die Große Koalition macht diese Bedeutung des Verbraucherschutzes mit dem Budget im Haushalt durchaus erneut deutlich: durch Akzentsetzungen und durch das Aufrechterhalten bestimmter Budgetansätze für die Bereiche, in denen wir in den letzten Jahren Arbeit geleistet haben. Nach über drei Jahren können wir gemeinsam durchaus auf einige Erfolge beim Verbraucherschutz zurückschauen. In nächster Zeit haben wir einige weitere wichtige Weichenstellungen zu erreichen.

Die Erste wird sein, dass wir den Verbraucherschutz im gesamten Bereich der digitalen Welt stärker durchsetzen müssen. Ein Beispiel: gegen die unerwünschte, lästige und in ihren finanziellen Folgen für die Menschen schwer zu tragende Telefonwerbung. Zweitens wollen wir im Bereich der Fahrgastrechte ein einfaches, klares und im gesamten Bereich des Bahnverkehrs gültiges Entschädigungsrecht in der Form einführen, dass am Ende nicht möglichst viel Entschädigung gezahlt wird, sondern dass die Bahn auch wirtschaftlich angereizt wird, möglichst pünktlich zu sein. Wenn wir diese beiden Punkte demnächst erledigt haben werden, dann haben wir in etwas mehr als drei Jahren ein großes Pensum geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Bereich: Nach den ersten Rettungsmaßnahmen für das Finanzsystem und nach den ersten Definitionen dafür, was auf dem internationalen Finanzmarkt anders laufen muss, müssen wir klare und zusätzliche Regelungen für den Bereich der **Finanzmärkte** schaf-

fen, und zwar über das hinaus, was in den letzten drei Jahren schon erreicht wurde. Wir müssen erreichen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Kundinnen und Kunden bei den Finanzgeschäften mit Banken und Versicherungen auf gleicher Augenhöhe sind und einen Schutz vor Übervorteilung haben. (C)

Wer einmal in die Beraterprotokolle bestimmter Banken hineingeschaut und gesehen hat, wie Menschen – zum Teil hohen Alters – aus sicheren Finanzanlagen wie Tagesgeldern oder Sparbüchern herausgelockt wurden, wird mir zustimmen. Bei ihnen wurde ein Risikoprofil festgestellt: möchte kein Risiko eingehen, möchte Sicherheit für die Anlage, ist auch zu niedrigeren Zinsen bereit, wenn dadurch Sicherheit gewährleistet ist. – Weiter unten auf der Seite wird dann ein Häkchen gemacht, dass es der Wunsch des Kunden ist, ein Zertifikat zu kaufen, was aber mit der Gefahr eines Totalverlustes verbunden ist. Irgendwo auf der siebten Seite erscheint dann eine Unterschrift.

Die Menschen dürfen in einem solchen sogenannten Beratungsgespräch, das in Wirklichkeit ein Aufschwätzgespräch ist, nicht mehr im Stich gelassen werden. Dass wir dort klare Informationen, eine Standardisierung und eine Veränderung der Dokumentationspflicht und der Rücknahmepflicht brauchen, ist offensichtlich. Ich bin mir sicher, dass diese Große Koalition dies bis zum Frühjahr auch erreichen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ein ganzes Stück weitergehen müssen. Vorhin habe ich einen Zwischenruf gehört. Man muss in der Tat aufpassen, dass es zu keiner Nabelschau kommt. Sowohl bei der CDU/CSU als auch bei der SPD hat es Arbeitsgruppen, Konferenzen und Fachgespräche zum Thema **Marktwächterfunktion** gegeben. Ich glaube, das ist eine gute deutsche Übersetzung für die Consumer Watchers. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wir müssen eine Möglichkeit schaffen, dass zusätzlich zur verstärkten staatlichen Aufgabenteilung auch Nichtregierungsorganisationen mit Aufgaben des Marktwächtertums – verbunden mit unabhängiger Information – betraut werden, und wir müssen die Frage beantworten, wie wir die Finanzkompetenz unserer Bürger durch entsprechende Inhalte in den Schulen und durch entsprechende Förderungen im Erwachsenenbereich vergrößern können.

Der Kollege Schirmbeck ist in einer für ihn ungewohnt harten Wortwahl auf zwei Presseerklärungen von SPD und CDU/CSU eingegangen. Die Presseerklärung der CDU/CSU endete mit dem Satz, damit sei wieder der Beweis angetreten, dass die CDU/CSU der alleinige Vortreiber von Verbraucherschutzpolitik sei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde das gut. Ich habe zwar irgendwann einmal gelernt, dass man, wenn man etwas betont, das in der Regel deshalb tut, weil es sonst niemand merkt;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)